**Ausgabe für Groß-Berlin**
**Morgenblatt**

**Preis 200 Mark.**

# Deutsche Allgemeine Zeitung

## Tägliche Rundschau

**Sonnabend, 26. Mai 1923**

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 9000 M monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streit oder erzwungenen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 1500,— M je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

26. 5. m — **Nr. 238** — 200
**62. Jahrgang.**

## Die Putschisten.

Die Aufruhrbewegung im Industriegebiet hat wieder an Ausdehnung zugenommen, doch hat sie teilweise ihren Charakter geändert. Auf die schweren Exzesse in Gelsenkirchen ist dort eine gewisse Beruhigung gefolgt, nachdem die Gewerkschaften einen Selbstschutz gegen das Lumpenproletariat eingerichtet hatten. An anderen Orten haben noch schwere Zusammenstöße mit den Organen der öffentlichen Ordnung stattgefunden, und es dürfte nun das Gelsenkirchener Beispiel auch nach der anderen Richtung nachgeahmt werden. Die von den Kommunisten organisierte Bewegung scheint sich den Straßenexzessen abzuwenden und auf Erzwingung des „Generalstreiks" zu konzentrieren. Die dabei verübten Gewalttaten sind selbstverständlich nicht weniger verbrecherisch und in ihren Auswirkungen wohl noch gefährlicher als die Ordnungsattentate in den Städten. Auffallend dabei ist der Rückfall in die Streikgewohnheiten einer Zeit, in der den Unternehmern durch den Stillstand der Betriebe ein Schaden zugefügt wurde, während jetzt im besetzten Gebiet die meisten Betriebe doch unter großen Verlusten nur um der Beschäftigung der Arbeiter willen aufrechterhalten werden. Noch auffallender ist freilich die Tatsache, daß die Arbeitermassen sich die Terrorisierung in einen solchen Aberwitz hinein gefallen lassen. Wann werden sie zur Besinnung kommen?

### Gewaltsame Stillegung der Zechen.

**Planmäßige Aktion der Hundertschaften.**

**Bochum**, 25. 5. (T. U.) Ueber Nacht sind aus dem Dortmunder und Gelsenkirchener Bezirk Hundertschaften der Kommunisten eingerückt und haben in der Frühe die Tore und industriellen Werke der Zechen besetzt. Zum Teil sind sie bewaffnet mit dicken Knüppeln und Gummischläuchen. Die meisten Zechen des Bochumer Reviers liegen, obwohl fünf Sechstel der Belegschaften gegen den Streik sind, still. Einige der Zechen wie Karolinen-Glück und Prinzregent, sind von den Kommunisten mit Gewalt stillgelegt worden.

Da die Zeche Prinzregent außer Betrieb gesetzt ist, sind auch die übrigen 17 Zechen des deutsch-luxemburgischen Konzerns gezwungen, da sie von dieser Zeche den elektrischen Strom erhalten den Betrieb stillzulegen. Auf Karolinen-Glück kam es zu Ausschreitungen. In die Waschkauen dieser Zeche hatten sich in der Nacht kommunistische Hundertschaften bewaffnet mit nägelbeschlagenen Knütteln eingeschlichen. Bei einer Abstimmung auf dem Zechenplatz durch geheime Wahl stimmten nur 17 Personen für den Streik. Als die Kommunisten dieses Abstimmungsresultat erfuhren, stürmten sie den Abstimmungstisch, zertrümmerten die Wahlurnen und schlugen die Betriebsratsmitglieder nieder. Die Betriebsratsmitglieder Paul Palmowsky und Witting wurden schwer verletzt. Auf der Zeche Prinzregent wurde ein Steiger blutig geschlagen.

Die auf Dannenbaum Schacht II eingefahrenen Bergleute wurden gewaltsam aus den Gruben vertrieben. Auf Dannenbaum Schacht I haben die Kommunisten die Pumpen stillgelegt. Hier wie auch auf anderen Zechen verhinderten sie selbst die Notstandsarbeiten. Wie es heißt, sollen die Gruben der Zechen Karolinen-Glück bereits unter Wasser stehen. Vor dem Schacht IV der Zeche Präsident stand heute früh ein Posten der kommunistischen Hundertschaften mit aufgepflanztem Seitengewehr.

Auf den Werken wurde eine 50prozentige Zulage auf den Märzlohn zugesichert.

**Hörde**, 25. 5. (Mtb.) Von Dortmund aus zogen die kommunistischen Hundertschaften in die Nachbarorte. Sie erzwangen in Barop die Betriebseinstellung auf den Zechen Kaiser Friedrich, Glückauf-Tiefbrunn und Windahlsbank, ferner auf der Zeche Gottessegen, wo sich die Belegschaft zunächst zur Wehr setzte. Das Elektrizitätswerk in Kruckel wurde von den Kommunisten gezwungen, den Strom auf halbe Kraft zu setzen, damit alle kleinen Zechen stillgelegt würden. Die Belegschaft der Zeche Freier Vogel faßte den Beschluß, wieder einzufahren und sich zur Wehr zu setzen. Auf der Zeche Germania I bis IV wurde die Belegschaft verjagt, die Fenster eingeschlagen und die Magazine geplündert.

**Dortmund**, 25. 5. (W. T. B.) Im Amtsbezirk Langendreer streiken seit heute sämtliche Zechenanlagen.

Im Landkreise Hamm ist die Belegschaft der Zeche Sachsen heute morgen nicht eingefahren. Mit einer Streikausdehnung ist zu rechnen. — In Recklinghausen ist es bis jetzt ruhig.

Im Dortmunder Bezirk streiken die Belegschaften von etwa acht Zechen und mehr als 30 Werken. Im Bochumer Bezirk sind die Belegschaften der Zechen Julius, Philipp, Karl, Friedrich in Streik getreten. Auf der Zeche Mont Cenis sind die Bergarbeiter wiederum am Einfahren gehindert worden. Ebenfalls gestreikt wird auf den Zechen: Konstanze, Mansfeld und Planeten.

Im unbesetzten Gebiet wird neu gestreikt auf den Zechen: Sachsen, Radbod.

**Bochum**, 25. 5. (W. T. B.) Im Bochumer Bezirk streiken 31 Zechenanlagen und 15 Metallbetriebe mit insgesamt 60000 Arbeitern.

### Neue Ausschreitungen.

**Ein Lebensmittelhändler ermordet.**

**Essen**, 25.5. (W.T.B.) Dem Lebensmittelhändler Stratmann, der in Gelsenkirchen eine Lebensmittelgroßhandlung mit Filialen betreibt, ist bei den kommunistischen Unruhen auf offener Straße mit einem Rasiermesser der Hals durchschnitten worden. Stratmann gehörte dem Selbstschutz an.

**Bochum**, 25.5. (Eigenbericht.) Bis mittags ist es in der Stadt ruhig geblieben. Um 12 Uhr gingen die Kommunisten dazu über, die Wirtschaften zu schließen, da nach den kommunistischen Streikparolen kein Alkohol ausgeschenkt werden darf. Im Laufe des Nachmittags kam es zu verschiedenen Zusammenstößen mit der Feuerwehr, die den Sicherheitsdienst versieht, wobei es mehrere Verletzte gab. Die Aufrührer drangen in die Gebäude des „Bochumer Anzeigers" und der „Westfälischen Volkszeitung" ein und plünderten sie aus.

Fünf Personen wurden durch Revolverschüsse schwer verletzt.

In Mülheim-Ruhr ist es gleichfalls gestern zu Ruhestörungen gekommen, über die jedoch wegen Telephonstörungen nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden konnte.

**Markkurs in New York 0,0018 5/8 Geld, 0,0018 3/4 Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 53512.**

## Frankreich im Bund mit den Kommunisten.

### Englische Anklagen.

A. **London**, 25. 5. (Eigenbericht.) Zu den kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet schreibt die „Westminster Gazette", daß diese Vorgänge nicht überraschend kämen. Es mußte seit langem jedem Menschen klar sein, daß der Druck, der auf das Ruhrgebiet ausgeübt werde, zu solchen Ereignissen führen würde. In Frankreich würde man es allem Anschein nach sogar begrüßen, wenn noch mehr derartige Schwierigkeiten kämen. Die Schwierigkeiten, die der deutschen Sicherheitspolizei gemacht würden, müßten zu einer fortdauernden Unterhöhlung der Autorität der Verwaltungsbehörden führen. Die Ereignisse würden nur dazu beitragen, die Unruhestifter zu ermutigen. Die Frage sei also, ob Frankreich so gewissenlos sei, Deutschland in eine vollkommene Anarchie zu stürzen. Nach den letzten Erlebnissen der letzten Monate sei man nicht sicher, ob die Pariser Regierung nicht absichtlich diese Gefahren heraufbeschwöre, um dadurch einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Zum Schluß verlangt das Blatt, daß die englische Regierung Vorstellungen unternehme, um diese Angelegenheit, die die englischen Interessen stark berühre, zu regeln.

Die Korrespondenten der Londoner Blätter berichten übereinstimmend, daß bei den Vorgängen in Gelsenkirchen sich die schrecklichsten Szenen abspielten. Mehrfach wird berichtet, daß die französischen Truppen von den Kommunisten mit Hochrufen begrüßt wurden. Die „Times" gibt Gerüchte wieder, wonach die Franzosen die Kommunisten unterstützt hätten, wie diese auf die Polizeimannschaften geschossen hätten. Die Vorfälle seien von mehreren Zeugen beobachtet worden.

### Frankreich beteuert seine Unschuld.

S. **Paris**, 25. 5. (Eigenbericht.) Die französischen Blätter geben zu, daß sich die Lage an der Ruhr infolge der ausgebrochenen Streikbewegung sehr ernst gestaltet habe. Sie lehnen jede Verantwortung an dieser Sache ab und betonen natürlich, daß die Besetzung der Ruhr hierin keine Rolle spiele, sondern daß die Streiks auf rein wirtschaftliche Gründe zurückzuführen seien. Jetzt handle es sich darum, zu wissen, ob die Reichsbank genügend Mengen an Papiergeld aufbringen könne, um die Gehälter heraufzubringen. Es ist jedoch interessant festzustellen, daß auch in der französischen Presse sehr beharrlich hervorgehoben wird, die Streikbewegung an der Ruhr richte sich viel mehr gegen die deutsche Regierung als gegen die Besatzungstruppen.

### Die Franzosen verhindern die Verstärkung der Polizei.

Das an die französischen Besatzungsbehörden gestellte Ansuchen, Schutzpolizei nach den durch den kommunistischen Aufruhr gefährdeten Orten zusammenziehen zu dürfen, ist, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, von den zuständigen Oberpräsidenten ausgegangen.

**Eine Antwort von französischer Seite ist zurzeit noch nicht eingegangen.**

S. **Paris**, 25. 5. (Eigenbericht.) Von den Abendblättern verfolgt besonders die „Liberté" die kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet mit schwer zu verbergenden Besorgnissen und schreibt, daß die Gesamtlage für Frankreich ziemlich ernst zu werden beginne aus dem Grunde, weil die französische Regierung jetzt nicht wisse, wie sie sich einem bestimmt zu erwartenden Ersuchen der deutschen Regierung gegenüber verhalten solle, in das Aufruhrgebiet Polizeiverstärkungen entsenden zu dürfen, da damit die französischen Truppen mit bewaffneten deutschen Polizeimannschaften in unmittelbare Berührung kommen könnten, woraus leicht mancherlei Schwierigkeiten erwachsen könnten.

### Wofür wird gestreikt?

th. **Gelsenkirchen**, 25. 5. (Eigenbericht.) Heute nachmittag wurde der neue aus den Arbeitergewerkschaften gebildete Sicherheitsdienst formiert und trat bereits in Tätigkeit. Auf den Straßen tun aber auch die proletarischen Hundertschaften, die im Einverständnis mit dem Oberbürgermeister im Dienst belassen worden sind, polizeilichen Dienst. Man hofft aber, daß diese roten Hundertschaften sich in den nächsten Tagen ohne Schwierigkeiten werden abbauen lassen.

**Bezeichnend ist, daß bis heute selbst die Bergarbeiter nicht wissen, warum und wofür sie streiken. Es sind bisher weder politische noch wirtschaftliche Forderungen erhoben worden.**

### An die Hamburger Internationale.

**Ein Hilferuf der Freien Gewerkschaften.**

**Dortmund**, 25. 5. (Mtb.) Die Freien Gewerkschaften richteten nachstehendes Telegramm an die Sozialistische Arbeiter-Internationale in Hamburg: „Ruhrbesetzung verschärft wirtschaftliche Notlage und begünstigt Revolten. Blutige Kämpfe an mehreren Orten. Chaos unvermeidlich, wenn nicht alsbald Intervention."

*

Dieser hilflose Ruf beleuchtet grell die Lage. Während in Hamburg eine Internationale gegründet wird, die sowjetfeindliche Russen und ebenso einflußlose französische Sozialisten in ihren Reihen sieht, unterstützen die französischen Imperialisten kommunistische Horden im Ruhrgebiet, deren planmäßiges Vorgehen unverkennbare Züge russisch-revolutionärer Taktik trägt. Kleine, straff organisierte Sturmtrupps beherrschen träge Massen, die die Tragweite der Aktion nicht übersehen. Diese planmäßige Aufpeitschung und die planmäßige Gewaltanwendung läßt sich natürlich mit großzügigster Lohnpolitik allein nicht bekämpfen. Das völlige Fehlen staatlicher Machtmittel — die Franzosen haben die Genehmigung zur Verstärkung der Polizei bisher selbstverständlich nicht erteilt und damit ihrer Unterstützung des Aufruhrs die Krone aufgesetzt — war die Vorbedingung für die Arbeit der Putschisten. Die französische Herrschaft befreit aber die Regierung nicht von der Pflicht, dafür zu sorgen,

## Das Kabinett Baldwin gebildet.

### Lord Robert Cecil Großsiegelbewahrer.

A. **London**, 25. 5. (Eigenbericht.) **Baldwin hat heute abend sein Kabinett endgültig zusammenstellen können. Die neue Regierung ist fast völlig identisch mit dem Kabinett Bonar Laws. Neue Mitglieder sind lediglich Lord Robert Cecil, der den Posten des Großsiegelbewahrers bekleidet, und Davidson, der parlamentarische Privatsekretär Bonar Laws, der dem Kabinett Baldwin als Kanzler des Herzogtums Lancaster angehören wird. Baldwin selbst wird die Stelle des Schatzkanzlers in Personalunion mit der Stelle des Premiers solange bekleiden, bis er einen geeigneten Kandidaten für dieses Amt gefunden haben wird.**

Lord Robert Cecil.

### Französische Kavallerie im unbesetzten Gebiet.

**Hamm**, 25. 5. (T. U.) Heute morgen **ist eine französische Kavallerie-Patrouille von 30 Mann in das unbesetzte Gebiet eingedrungen, um die Schutzpolizei, die bei Kurl zum Schutze der Zeche eingerückt ist, festzunehmen. Da ihr dies nicht glückte, ist sie wieder in das besetzte Gebiet abgerückt.**

### 50 Millionen-„Strafe" für die Stadt Essen.

**Essen**, 25. 5. (Eigenbericht.) Nach einer Mitteilung aus Essen hat General Degoutte die Stadt Essen für zwei „Sabotageakte", die am 28. April und am 2. Mai an den Telephonanlagen zwischen Essen-Süd und Essen-Stadtwald begangen sein sollen, mit einer neuerlichen Geldstrafe von 50 Millionen Mark = 1800 Dollar belegt, die in einer Frist von acht Tagen zu zahlen ist. Falls die Stadt die Zahlung verweigert, sollen städtische Beamte für zwei Monate eingesperrt und die Zwangsvollstreckung am Gemeindevermögen vollzogen werden.

**Düsseldorf**, 25. 5. (W. T. B.) Bei der Stadthauptkasse wurden gestern von den Franzosen 20 Millionen Mark „beschlagnahmt" als Strafe für eine Reihe von Sabotageakten. Eine Anzahl Eisenbahner ist gestern verhaftet und fortgebracht worden.

### Militarisierung der Strecke Wedau—Essen—Bochum.

nr. **Münster**, 25. 5. (Eigenbericht.) Am 24. Mai wurden zugleich mit dem Bahnhof Essen-West die Bahnhöfe Mülheim-Styrum, Mülheim-Eppinghofen und Mülheim-Heißen besetzt. Die Bediensteten der Station Eppinghofen wurden in den Wartesaal getrieben, wo sie ihre Namen und ihre Adressen angeben mußten, worauf sie entlassen wurden. Die Besetzung erfolgte durch das 24. Artillerieregiment und das 4. Eisenbahnerregiment. Auf den Bahnhöfen wurde ein Anschlag verbreitet, in dem die sofortige Aufnahme der Arbeit gefordert wird. Die bei der Besetzung angetroffenen Arbeiter der Betriebswerkstätte Styrum wurden aufgefordert, für die Besatzung zu arbeiten. Als sie dies ablehnten, wurden sie vertrieben.

Es scheint, daß die Franzosen die Strecke Essen-Hauptbahnhof — Ratingen-Ost freigeben wollen, um die Linie Wedau—Essen-Nord — Bochum-Nord zu militarisieren. Daraufhin weist auch die Ausplünderung des militarisierten Bahnhofes Kupferdreh, der von den Franzosen bis auf die geringste Schraube abmontiert wird.

### Poincarés Theatercoup.

S. **Paris**, 25.5. (Eigenbericht.) Die für heute vormittag ursprünglich geplante Kabinettssitzung ist auf die späten Abendstunden, und zwar bis zur unmittelbaren Abreise Millerands verschoben worden. Sie wird wahrscheinlich sehr lange dauern. Der Justizminister Colrat, dem gleichzeitig die Verwaltung von Elsaß-Lothringen untersteht, wird den Präsidenten der Republik begleiten. Im Mittelpunkt des Interesses steht heute abend nicht mehr das Rücktrittsgesuch Poincarés, dessen Genehmigung, wie sich die „Liberté" heute ausdrückt, ein zu billiger **Triumph für Berlin, eine zu merkliche Erschütterung für die Entente und ein zu großes Nicht-Verstehen ganz Frankreichs dargestellt hätte, sondern vielmehr die durch die gestrige Ablehnung im Senat als unvermeidlich erscheinende Verfassungsänderung, die der Justizminister sofort in Angriff genommen hat und die eine Umgestaltung des Obersten Gerichtshofes bezweckt. Da dieser Schritt eine Aenderung der Verfassung darstellt, so ist dazu die Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles erforderlich. Colrat verbrachte den ganzen Vormittag mit Beratungen mit den obersten Justizbeamten der Republik.**

## Herriot gegen Poincaré.

### Fortsetzung der Ruhrdebatte.

**Paris**, 25. 5. (W. T. B.) Die Kammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Beratung der Kredite für die Ruhrbesetzung fort, nachdem gestern durch den energischen Widerspruch des Abgeordneten André Tardieu auf den Versuch die Debatte gestern zu beenden, verzichtet worden war. Es wird jedoch allgemein angenommen, daß noch heute die Diskussion zu Ende geführt und eine Abstimmung über die Kreditvorlage erfolgen wird.

Zu Beginn der Sitzung ergriff der Abgeordnete Herriot das Wort. Im selben Augenblick betritt der kommunistische Abgeordnete Cachin den Sitzungssaal. Die kommunistischen Abgeordneten rufen „Amnestie!" und begrüßen ihren Führer. Die Royalisten rufen „Nieder mit dem Senat!"

Der Abg. Herriot sagt: Deutschland sei während des Krieges nicht besetzt gewesen und die Alliierten hätten ihm einen großmütigen Waffenstillstand zuerkannt. Trotzdem habe es nichts unternommen, um sich von seiner Schuld zu befreien. Es habe die notwendigen Steuern nicht angenommen, es habe sogar die Steuerhinterziehung ermutigt. (Der Abg. Cachin ruft dazwischen: Wie bei uns!) Herriot fährt dann fort, in dem Augenblick, in dem die Ruhrbesetzung von der Regierung in Aussicht genommen worden sei, hätten mehrere bedeutende Persönlichkeiten die Ansicht geäußert, man solle am Rhein bleiben und gewisse Maßnahmen ergreifen. Die Zollbarriere, die Briand im Jahre 1921 errichtet habe, habe befriedigende Ergebnisse gezeitigt. Auf der Pariser Konferenz sei England einer Beschlagnahme von Pfändern keineswegs abgeneigt gewesen. Es handle sich nicht um die Frage, ob die Ruhrbesetzung Einnahmen ergebe, sondern darum, daß das Reparationsproblem gelöst werden müsse. Wenn die Regierung dadurch einen Fehler begangen habe, daß sie das Ruhrgebiet besetzt habe, dann sei dieses Vorgehen in keiner Weise mit dem von Deutschland während des Krieges begangenen Verbrechen vergleichbar. Nach den Erklärungen Poincarés in der Finanzkommission habe fast die Regierung die Möglichkeit der Rumung nicht nach Maßgabe der Bezahlung der von Deutschland geforderten Annuitäten in Auge gefaßt, was der jetzigen Generation gestatten würde, die Räumung als möglich zu betrachten, sondern nach Maßgabe dessen, ob Deutschland sichtbare Zeichen eines guten Willens gebe, um sich durch eine internationale Anleihe seiner Verpflichtungen zu entledigen. Er nehme diese Erklärung als eine klare Andeutung mit Freuden auf.

Poincaré unterbricht: „Sie geben meine Erklärung nicht genau wieder. Ich erinnere aber daran, daß die französische Regierung sich immer im Rahmen des Geistes und Buchstaben des Vertrages gehalten hat. Wir sind in das Ruhrgebiet auf Grund einer Entscheidung der Reparationskommission einmarschiert und um die Reparationszahlungen sicherzustellen. Unsere Okkupation trägt also den Charakter einer Pfandnahme."

Herriot fährt, zu Poincaré gewendet, fort: Ihre Erklärung stimmt genau mit den Gefühlen überein, die wir oft zum Ausdruck gebracht haben, nämlich daß Sie glauben, daß die Lösung der Reparationsfrage nur durch ein internationales Abkommen möglich ist.

Poincaré unterbricht: Das ist eine Prämie für die Räumung!

Herriot fährt fort: **Ich gehöre zu denen, die glauben, daß die Lage so bald wie möglich beendet werden muß.** (Beifall links.) Herriot erinnert daran, was sich nach Jena ereignet habe. Napoleon habe beim Friedensschluß niemanden anhören wollen. Er habe Talleyrand durch einen General ersetzt, und die Ergebnisse hätten nicht lange auf sich warten lassen. Sie seien vernichtend gewesen.

Wir müssen, so ruft Herriot aus, uns hüten, die Elemente zu fördern, die Deutschland und Preußen entdemokratisieren wollen. Wenn es uns nicht gelingt, in Deutschland vernünftige Elemente zu finden, wenn es nur den Reparationszahlungen feindlich gesinnte Deutsche gibt, dann wären wir gezwungen, nicht nur unsere militärischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten, sondern auch sie zu vermehren.

Der Abgeordnete richtet einen neuen Appell an die Regierung, eine Verständigung mit England zu suchen, denn die Reparationsfrage könne nicht ohne ein Zusammenarbeiten Frankreichs und Englands gelöst werden. Dann werde Frankreich vor der Welt und besonders vor seinen Feinden als eine Nation dastehen, die großmütig und gerecht sei.

Der nächste Redner ist der elsässische Abgeordnete Oberkirch, der erklärt, man müsse so lange im Ruhrgebiet bleiben, bis der große Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gelöst sei. Wenn Frankreich das nicht wolle, werde es der Besiegte sein und Deutschland werde den Sieg davontragen.

Der elsässische Abgeordnete Broglio erklärt, mit Rosenberg im Ministerium des Aeußern würde man niemals zu einer friedlichen Lösung kommen, denn Rosenberg sei die Seele des schlechten Geistes, der im deutschen Kabinett herrsche. (!)

Die Sitzung dauert an.

### Unterzeichnung des Besatzungskosten-Abkommens.

**Paris**, 25. 5. (W. T. B.) Das Abkommen über die Regelung der amerikanischen Besetzungskosten ist nach fast dreimonatigen Verhandlungen heute nachmittag unterzeichnet worden. Für die Vereinigten Staaten unterzeichnete Senator Elliot, Wadsworth, für England Sir John Bradbury, für Frankreich Tannery, für Italien Salvago Raggi und für Belgien Bemelmans.

### Vereiteltes Attentat in Paris.

S. **Paris**, 25. 5. (Eigenbericht.) In der Redaktion der royalistischen „Action française" erschien heute ein angeblicher Anarchist, der den Verlagsdirektor Maurras zu sprechen wünschte und als dieser nicht erschien, einen Revolverschuß abfeuerte, ohne aber jemand zu treffen.

### Unglück auf einem dänischen Kreuzer.

**Kopenhagen**, 25. 5. (W. T. B.) Gelegentlich einer Uebungsfahrt des Kreuzers „Geiser" in den Gewässern südlich von Seeland ereignete sich bei der Uebung mit einer Rauchbombe eine Explosion. 15 Offiziere und ein Mann wurden so schwer verletzt, daß sie ins Hospital gebracht werden mußten, 30 Mann der Besatzung wurden leicht verletzt.

## Verschiebung der französisch-belgischen Konferenz?

### Innerpolitische Nöte der belgischen Regierung.

S. **Paris**, 25. 5. (Eigenbericht.) Durch die Erkrankung Jaspars war die für Sonntag anberaumte französisch-belgische Ministerkonferenz in Frage gestellt. Zuverlässigen Nachrichten aus Brüssel zufolge aber wird Ministerpräsident Theunis auf jeden Fall am Sonntag in Paris eintreffen, so daß zur Stunde noch nicht fest mit einer Absage der Konferenz zu rechnen ist. Allerdings ist man sich hier über die inneren Schwierigkeiten des belgischen Kabinetts wegen des Generalstreiks, der Flamenbewegung und des Drängens der belgischen Industrie auf eine wirkliche praktische Lösung des Ruhrkonfliktes hin durchaus nicht im unklaren. Ebenso weiß man, daß innerhalb des belgischen Kabinetts große Uneinigkeit besteht, die vielleicht eine Ursache für die Erkrankung Jaspars sein könnte. Im Zusammenhang damit ist auch eine Meldung des „Oeuvre" interessant, die von einer Verlängerung der militärischen Dienstzeit in Belgien während der Ruhrbesetzung, und zwar von 8, 10 oder 13 Monaten auf 12, 13 oder 17 Monaten spricht und die in der belgischen Kammer auf große Schwierigkeiten stoßen werde.

### Englands Flotte vor Rußlands Küsten.

**Moskau**, 25. 5. (O. E.) Im Zusammenhang mit der zweiten Unterredung Lord Curzons mit Krassin und dem Kabinettswechsel in England schreiben die Moskauer amtlichen „Iswestija", daß es sich zurzeit noch nicht voraussehen lasse, inwieweit diese Vorgänge auf den Verlauf der russisch-englischen Verhandlungen einwirken würden.

**Das Blatt beschäftigt sich dann mit der Zusammenziehung der englischen Flotte in allen an Rußland grenzenden Meeren, insbesondere am Eingang zum Schwarzen Meer, und erblickt darin den Beweis, daß England das der Türkei abgenötigte Recht der Durchfahrt durch die Dardanellen gegen Rußland geltend zu machen beabsichtige. Die Sowjetregierung müsse besonders auf der Hut sein, da die Handlungsweise der britischen Admiralität eine direkte Vorbereitung eines bewaffneten Konfliktes darstelle.**

Auf einer in Moskau abgehaltenen Konferenz der Bauarbeiter hielt Trotzki eine politische Rede, in der er u. a. sagte, Lord Curzon sei nicht imstande, der Sowjetregierung den Boden, den sie sich erobert habe, streitig zu machen. Der gesunde Menschenverstand spräche gegen eine Kriegsmöglichkeit.

### „Die Möglichkeit eines Bruches geringer geworden."

**London**, 25. 5. (W. T. B.) Reuters Bureau erfährt, daß die russische Note gestern vormittag (wie bereits gemeldet. — Red.) bei der Zusammenkunft der Minister erwogen wurde. Der Wortlaut der britischen Note wurde ebenfalls erörtert. Die vorherrschende Ansicht ist, wie verlautet, daß, während der allgemeine Ton der russischen Note versöhnlich sei, gewisse Punkte vorhanden seien, die noch aufgeklärt werden müßten. Diese Punkte würden in der britischen Antwort erwähnt werden, die entweder schriftlich oder als Verbalnote überreicht werden wird.

**Die allgemeine Lage zwischen Rußland und Großbritannien werde jetzt als wesentlich geklärter angesehen und die Möglichkeit eines Bruches sei, wie man glaube, geringer geworden.**

### Griechenverhaftungen in Konstantinopel.

**Paris**, 25. 5. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Journal" hat die türkische Polizei zahlreiche griechische Staatsangehörige in Konstantinopel verhaftet. Die spanische Gesandtschaft, die mit der Wahrung der griechischen Interessen betraut ist, hat bei der türkischen Regierung gegen die massenhafte Verhaftung protestiert.

Ueber die Stellungnahme der Regierung in Angora zu dem Vorschlage der Abtretung von Karagatsch durch Griechenland verlautet, daß die Türkei außerdem die Eisenbahnstrecke Lüleburgas—Karagatsch fordere, was griechischerseits als unannehmbar bezeichnet wird.

### Der russische Pressechef in Lausanne.

Die russische Delegation hat sich nach der Ermordung Worowskys endgültig aus Lausanne zurückgezogen. Wir bedauern diese Wendung. Fragen wie das Meerengenproblem, an dem Rußland mit Fug und Recht von jeher großes Interesse gehabt hat, können nicht ohne Zustimmung, geschweige denn ohne Anhörung einer wirtschaftlichen Großmacht wie Rußland gelöst werden. Im Interesse des allgemeinen mitteleuropäischen Friedens ist diese Wendung daher zu beklagen. Auf der anderen Seite aber müssen wir ausnahmsweise einmal auch der französischen Chauvinistenpresse zustimmen, wenn sie Dr. Harry Stürmer, den Herr Arens an seiner Statt als Pressechef der „Rosta" in Lausanne zurückließ, als für diesen Posten wenig geeignet bezeichnet. Dr. Stürmer ist deutscher Untertan, war im Kriege zeitweilig Vertreter der „Kölnischen Zeitung" in Konstantinopel, mußte aber diesen Schauplatz seiner Tätigkeit verlassen, weil er in dringendem Verdacht stand, Spionage zugunsten der provisorischen tschechischen Regierung, die damals in Paris saß, d. h. also zugunsten Frankreichs, zu treiben. Stürmer glückte es damals, in die Schweiz zu gelangen, wo er seinem Unmut durch ein berüchtigtes, wenn auch ganz amüsantes Pamphlet über die von ihm erlebten zwei Jahre Kriegführung in der Türkei Luft machte. Dr. Stürmer gebärdet sich darin als Idealist, Pazifist und behauptete damals, Demokrat zu sein. Heute sind seine Ideale also erfüllt, der preußische Militarismus liegt am Boden oder, besser gesagt, ist nicht mehr — und es ist nur eine natürliche Entwicklung, den Idealisten Stürmer jetzt bei den Bolschewisten wiederzufinden. Trotzdem beanspruchte Dr. Stürmer, Deutscher zu sein, und hob hin und wieder hervor, daß er den Hererofeldzug mit Auszeichnung mitgemacht habe — auf deutscher Seite, wie wir, um begreiflichen Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich hervorheben möchten.

**Der Funkdienst aus New York war bis Redaktionsschluß nicht eingetroffen.**

## Englands Kriegsschuld.

Von

Vizeadmiral a. D. **Hollweg**, Bremen.

Im Mittelpunkt der englischen Außenpolitik stand und steht seit einem Zeitpunkt, der schwer genau zu bestimmen ist, zuerst wohl instinktiv, später aber bewußt die Sicherung des indischen Besitzes. Randolf Churchill hat es in den achtziger Jahren jedenfalls klar ausgesprochen: Aufgabe der „asiatischen Macht England" ist es, sich den Besitz Indiens für alle Zeiten zu sichern. Robert Clives skrupellose Tatkraft entschied im Siebenjährigen Kriege die Frage, ob in Indien Franzosen oder Engländer herrschen sollten. An diesem Zustande änderten auch später die fünf Seeschlachten Süffrens, des besten französischen Admirals, im amerikanischen Unabhängigkeitskriege nichts mehr. Napoleons Aspirationen auf Aegypten und Indien zerflatterten bei Abukir und Trafalgar. Die Wirren der Revolutionskriege nutzte aber England zum Ausbau seiner Etappenstraße nach Indien. Malta, die holländische Kap-Kolonie, das holländische Ceylon und Malaka wurden britisch. 1840 versuchte Frankreich den Aufstand Mehemed Alis auszunutzen, um in Aegypten nochmals Fuß zu fassen. England koalierte Europa gegen Frankreich. Thiers ließ Paris befestigen. Bei Faschoda 1897 kapitulierte Frankreich dann endgültig vor Englands östlichen Zielen. Sein Abstandsgeld war die marokkanische Konzession. Schon vorher hatte sich England durch Aktienankauf und durch das Protektorat über Aegypten auch den kürzeren Weg nach Indien durch den Suezkanal für immer gesichert. Die Bahn für die ausschweifenden, wahrhaft in Kontinenten denkenden späteren Ziele, ausgedrückt in den Schlagworten „Kap—Kairo-Bahn", „Kairo—Kalkutta" und völlige „englische Umrahmung des Indischen Ozeans" war frei.

Ungesichert war Indien noch von der asiatischen Seite her. Hier bedrohte der berechtigte Drang Rußlands nach den „warmen Meeren" Indiens Nord- und Westgrenzen. Seitdem in der napoleonischen Zeit zum ersten Male ein „Dardanellenproblem" auftauchte, ist es das unverrückbare Ziel der englischen Politik gewesen, Rußland vom Mittelmeer fernzuhalten und so den Seeweg nach Indien in der Flanke zu sichern. Professor Lepsius hat es verdienstlicherweise unternommen, gestützt auf die amtlichen Veröffentlichungen aus den Urkunden des Auswärtigen Amtes („Die große Politik der europäischen Kabinette 1871 bis 1914") in einem meisterhaft klaren Artikel im Novemberheft 1922 der „Süddeutschen Monatshefte" die brutale, den Frieden Europas ständig gefährdende Dardanellen-, Orient- und Indienpolitik Englands und dessen Methoden vor und während der Bismarck-Ära zu charakterisieren. Diesen Artikel „Bismarck als Pazifist", der die auf religiöser und sittlicher Grundlage aufbauende Friedensliebe dieses größten deutschen Staatsmannes ins rechte Licht setzt, sollte jeder Deutsche lesen, der sich in der „Schuldfrage" ein Urteil bilden will. Hier wird gezeigt, wie das oligarchisch regierte England die Lehren seines Historikers Seeley, der „expansion" als Recht und als Pflicht, als „messianische Aufgabe" Großbritanniens hingestellt hat, mit Hilfe einer machiavellistischen Diplomatie, mit Lug und Trug, mit Gewalt und List zum Schaden aller übrigen Völker der Welt in die Tat umgesetzt hat.

Die dem Weltkriege unmittelbar vorausgehende, an Ereignissen so reiche Zeitspanne von 1905 bis 1914, in der England die Figuren für das blutige Schachspiel des Weltkrieges aufbaute und in der Tsuschima, die Marokkokrise und Reval (1908) die Marksteine sind, hat gerade jetzt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und bekannte Mitarbeiter an den „Sozialistischen Monatsheften", Dr. Ludwig Quessel, näher untersucht. In einem von Vertretern aller Parteien verfaßten Sammelwerk „Deutschland und die Schuldfrage" behandelt er in bemerkenswert großzügiger Weise das Thema „Großbritanniens Ententepolitik vor dem Kriege". Die Einleitungsworte sind an sich schon bezeichnend: „Die Stimmung, der ein Krieg zur Vernichtung der deutschen Wirtschaft eine grausame Notwendigkeit erschien, hatte in England schon weit um sich gegriffen, als Sir Edward Grey 1905 sein Amt antrat." Die auf bestes Material aufbauende Arbeit zeigt, wie die englische Politik und besonders Sir Edward Grey das Meisterstück vollbrachten, neben Frankreich auch das durch Japan gedemütigte Rußland in die „Einkreisungspolitik" einzubeziehen, wie alles und jedes auf eine Isolierung der Mittelmächte als Vorbereitung für den Weltkrieg hinauslief. England hielt seine Kettenhunde, den russischen Panslawismus und die französische Revancheidee, mit Hilfe von „gentlemen agreements" an loser Leine. Es pfiff sie nicht zurück, als der Serajewomord die Brandfackel in das europäische Staatsgebäude warf. Grey war es, der in den kritischen Julitagen 1914 rechtzeitig nach Petersburg mitteilen ließ, daß die völlig schlagbereite und schon mobilisierte englische Flotte nicht bei Seite stehen werde. „Während das deutsche Flottenprogramm die englische Ueberlegenheit zur See in aller Form anerkannte, spähte England begierig nach einer Gelegenheit aus, um sich der Notwendigkeit zu entziehen, den „Kolonialvertrag von 1913" und den „Bagdadvertrag von 1914" zu unterschreiben." So weit Dr. Quessel.

Den gelehrigen Schülern Seeleys, Asquith, Grey und Lloyd George, stand das wirtschaftlich mehr und mehr erstarkende, übervölkerte, nach Luft ringende Deutschland überall im Wege. Bonar Law hat noch kürzlich dem Sinne nach das verbrecherische Wort aus der „Saturday Review" von 1898 wiederholt, wonach jeder Engländer reicher sein würde, wenn Deutschland plötzlich von der Weltoberfläche verschwinden würde. Die intensive Arbeitsleistung seiner fleißigen Bevölkerung, das Organisationstalent seiner Industriellen und der Hochstand der deutschen Technik „bedrohte" England. Bethmann und Wilson, zwei Antagonisten, haben kurz vor dem Kriege nahezu gleichzeitig ausgesprochen, daß Deutschland im Begriff sei, auf